



## Regierungsratsbeschluss vom 05. November 2019

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung

---

P191137

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Migration.

### Begründung

Grundsätzlich begrüsst Regierungsrat das befristete Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt. Es gewährleistet den Bürgerinnen und Bürgern des Vereinigten Königreichs einen erleichterten Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt. Damit wird auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Schweizer Unternehmen geschaffen, die Arbeitskräfte aus dem Vereinigten Königreich erleichtert rekrutieren zu können. Hingegen wünscht der Regierungsrat für die Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen an neu zuziehende grenzüberschreitende Dienstleistungserbringer eine andere Lösung, damit nicht die bereits knapp bemessenen Kontingente für Drittstaatenangehörigen belastet werden. Eine Möglichkeit wäre, die Arbeitsbewilligungen für diese Gruppe von Arbeitskräften aus Grossbritannien dem im Februar für das Jahr 2019 neu geschaffenen und separaten UK-Kontingentspool zu entnehmen.

